



HESSISCHER LANDTAG

23. 08. 2018

ULA

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Engpässe bei der Verwertung und Beseitigung von Erdaushub und Böden in Hessen und damit verbundene Kostenexplosionen bei Bauprojekten durch teure Entsorgung

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass sich bereits seit mehreren Jahren ein zunehmender Engpass bei der Verwertung und Entsorgung von Erdaushub und mineralischen Bauabfällen abzeichnet (siehe hierzu die kleinen Anfragen der SPD-Fraktion Drs. 19/2357; Drucks. 19/2358 sowie Drucks. 19/4715; Drucks. 19/5114) sowie dass die Zahl der zur Verfügung stehenden Deponien und deren Kapazitäten seit Jahren abnimmt und keine neuen Kapazitäten geschaffen wurden.
2. Der Landtag stellt fest, dass der aktuelle Abfallwirtschaftsplan aus dem Jahr 2015, entgegen vorherigen Aussagen der Landesregierung, eine zufriedenstellende Entsorgungssicherheit nicht mehr gewährleisten kann, da die Kapazitäten auch aufgrund gestiegener Bauaktivitäten zunehmend knapp sind und bald nicht mehr ausreichen werden.
3. Der Landtag stellt fest, dass eine Verwertung durch entfernte Verfüllbetriebe oder Deponien nicht zielführend ist, da dies bei den betroffenen Unternehmen zu einem hohen Zeitaufwand und längeren Wegezeiten führt und damit einhergehenden höheren Kostenaufwand verursacht. Auch aus ökologischen Gründen ist diese Entwicklung nicht zu vertreten.
4. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, einen neuen Abfallwirtschaftsplan für Hessen zu erstellen, der eine detaillierte Planung für neue Deponiekapazitäten beinhaltet.
5. Der Landtag stellt fest, dass ohne eine deutliche Verbesserung der Situation weitere deutliche Kostensteigerungen, gerade auch für mittelständische Betriebe, ein hohes Risiko darstellen, da diese oft nicht die Möglichkeit haben, ihren Erdaushub an anderer Stelle zu verfüllen.

Wiesbaden, 23. August 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel